

Zelensky und EU-Rechtsorganisation gründen Tribunal für Putin-Anklage

Ukrainischer Präsident Zelensky und der Europarat gründen ein Tribunal zur Verfolgung russischer Führungskräfte wegen Aggression. Ein wichtiger Schritt für Gerechtigkeit im Ukraine-Konflikt.



Der ukrainische Präsident **Volodymyr Zelensky** hat eine Vereinbarung mit dem Europarat (CoE) unterzeichnet, um ein Tribunal einzurichten, das es ermöglicht, ehemalige hochrangige russische Beamte zu verfolgen, die den Krieg gegen die Ukraine angeführt haben.

Unterzeichnung des Abkommens in Straßburg

Zelensky unterzeichnete das Abkommen am Mittwoch zusammen mit dem Generalsekretär des CoE, Alain Berset, in

der französischen Stadt Straßburg, dem Hauptsitz der Organisation. Der ukrainische Präsident stellt das spezielle Tribunal als entscheidend dar, um russische Beamte für die **völkerrechtswidrige Invasion seines Landes** zur Rechenschaft zu ziehen, die im Februar 2022 begann und nun schon mehr als drei Jahre andauert und zahlreiche menschliche Verluste gefordert hat.

Vorrangige Verfolgung von Kriegsverbrechern

Die Einrichtung des Tribunals zielt darauf ab, die Verantwortlichen für den Konflikt umfassender zur Rechenschaft zu ziehen. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), der sich auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit konzentriert, hat bereits Haftbefehle gegen den russischen Präsidenten **Wladimir Putin** sowie gegen mehrere hochrangige politische und militärische Persönlichkeiten aus Russland erlassen.

Erstmals ein Tribunal des Europarates

Die neue Institution wird sich mit dem Verbrechen der Aggression befassen, insbesondere mit dem Einsatz von militärischer Gewalt durch einen Staat gegen einen anderen. Dies ist das erste Mal, dass der Europarat ein solches Tribunal einrichtet.

Stärkung der internationalen Rechtsordnung

„Das heute offiziell gegründete Tribunal schafft eine echte Möglichkeit, die Führung des russischen Regimes für die gegen unseren Staat und unsere Menschen begangenen Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen“, schrieb Zelensky auf X. „Wir werden weiterhin daran arbeiten, Gerechtigkeit für alle Opfer zu gewährleisten. Verbrecher müssen vor Gericht in Den Haag gestellt und bestraft werden.“

Internationale Reaktionen und Verhaftungen

Berset betonte: „Diese historische Unterschrift erinnert uns daran, dass internationales Recht für alle gelten muss – ohne Ausnahmen und ohne Doppelstandards.“ Neben Putin erließ der IStGH im März 2023 einen Haftbefehl gegen Maria Lvova-Belova, die Beauftragte des russischen Präsidenten für Kinderrechte. Beide werden beschuldigt, die **illegale Deportation und Übertragung** von Kindern aus besetzten Gebieten der Ukraine nach Russland organisiert zu haben.

Aktuelle Entwicklungen im Ukraine-Konflikt

Im März 2024 erließ das Gericht auch Haftbefehle gegen Viktor Sokolov, einen Offizier der russischen Marine und ehemaligen Kommandanten der Schwarzmeerflotte, sowie gegen Sergei Kobylash, einen Lieutenant-General der russischen Streitkräfte. Ihnen werden Kriegsverbrechen aufgrund des übermäßigen Schadens an Zivilisten sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen.

Währenddessen sind die Verhandlungen über einen Waffenstillstand zur Beendigung des Krieges in der Ukraine weitgehend ins Stocken geraten, trotz Bemühungen der Trump-Regierung um Vermittlung. Die Gespräche zwischen Russland, der Ukraine und Drittstaaten haben nur begrenzte Fortschritte gemacht, da Moskau sich weigert, von seinen maximalistischen Forderungen abzulassen und einen Waffenstillstand vorzuschlagen, der im Wesentlichen einer Kapitulation der Ukraine gleichkäme.

Gleichzeitig verstärkt Russland seine Angriffe auf ukrainische Städte. Laut ukrainischen Beamten wurden an einem Montag und Dienstag in weniger als 48 Stunden Dutzende ukrainische Zivilisten getötet, was diese beiden Tage zu den tödlichsten Monaten macht.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at